



Antrag

der Fraktion der FDP

Bericht - Zukunft der Rechtsmedizin an den Universitätsklinikstandorten Kiel und Lübeck

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, in der 34. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die zukünftige konzeptionelle Ausrichtung des Institutes für Rechtsmedizin an den Standorten Kiel und Lübeck schriftlich zu berichten.

Dabei soll die Landesregierung u.a. auch darlegen, ob es Pläne zur Ausgliederung des Institutes für Rechtsmedizin aus dem UKSH gibt. Des Weiteren ist darzustellen, aus welchem Grund die Landesregierung die bereitgestellten Mittel zum Ankauf eines Gebäudes für das Institut für Rechtsmedizin am Campus Lübeck (Haushaltstitel 1013 682) bislang nicht genutzt hat.

Anita Klahn
und Fraktion